

## Kurzarbeit – und dann? Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs- politik gegen die Wirtschaftskrise

Einleitung zum Schwerpunkt

von Claudia Bogedan, Kai Burmeister, Stefan Stache und Till van Treeck



„Krise muss woanders sein!“, äußerte jüngst ein Frankfurter Investmentbanker im Einklang mit Kollegen in einer Fernsehreportage. Zumindest in der Finanzwelt scheint zwischen Börse und Afterwork-Party die Stimmung angesichts wieder steigender Aktienkurse und neuer Milliarden Gewinne der Großbanken glänzend. Auch weite Teile der Politik versuchen mit Blick auf den Wahltag das Bild des „Das Schlimmste liegt hinter uns. Jetzt geht es wieder aufwärts!“ zu zeichnen. Auf den Wirtschaftsseiten finden sich zunehmend Beiträge, die auf wieder steigende Aufträge und eine wieder anziehende Konjunktur hinweisen.

Ist es also das berühmte blaue Auge, mit dem die größte Wirtschaftskrise seit 80 Jahren nahezu schmerzfrei überwunden werden wird? Kann anstelle von Schreckensmeldungen vom Arbeitsmarkt im Feuilleton bald der Frage nachgegangen werden, warum die Deutschen so notorisch pessimistisch sind?

Vorsicht ist an dieser Stelle angebracht. Wenn die Bestellungen Monat für Monat im zweistelligen Bereich zurückgehen, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis der Tiefpunkt erreicht wird und es auf niedrigem Niveau zu einer Stabilisierung kommt. Die rasante Talfahrt ist zwar gestoppt, aber von einem sich selbst tragenden Aufschwung ist man noch weit entfernt. Unabhängig davon, ob die Prognose von minus sechs Prozent beim Wirtschaftsprodukt sich bewahrheitet oder nicht: Das Jahr 2009 wird als das Jahr mit dem größten Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der Bundesrepublik gewertet werden müssen. Die Bodenbildung erfolgt

vor dem Hintergrund einer Schrumpfung von beachtlicher Größe!

Gegenüber dem Ist-Stand hätte es freilich schlimmer kommen können. Der drastische Einbruch bei den Ausfuhren und bei den Ausrüstungsinvestitionen konnte durch eine alles in allem stabile Nachfrage der privaten Haushalte und gesteigerte Staatsausgaben abgemildert werden. Vor allem die Abwrackprämie hat offensichtlich einen solchen Reiz ausgelöst, dass sich viele trotz der ansteigenden Unsicherheit zu der Großausgabe Neuwagenkauf entschlossen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt fest, die Wucht der Wirtschaftskrise habe bisher auf den Arbeitsmarkt in Deutschland wenig durchgeschlagen. Tatsächlich haben die Verbesserung der Kurzarbeitergeldregelungen und zaghafte öffentliche Investitionen bisher die Auswirkungen der Krise abgemildert. Dabei ist hervorzuheben: Anders als stets behauptet ist eine Politik der Konjunkturstabilisierung möglich!

Doch die bisherigen Stabilisierungsanker werden jetzt allmählich auslaufen oder ihre Tragkraft verlieren. Aufgrund der Schwere und Länge der Krise ist demnach zu befürchten, dass das Beschäftigungsrisiko noch längst nicht gebannt ist. Nach Einschätzung der OECD steht in Deutschland bis zum Jahr 2010 ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 11,6 Prozent bevor. Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute geht für das nächste Jahr von einem Anstieg der registrierten Arbeitslosen auf rund fünf Mio. aus. Angesichts dieser ökonomischen Konstellation muss Beschäftigungssicher-

Foto: www.fotolia.com, © mgraubner

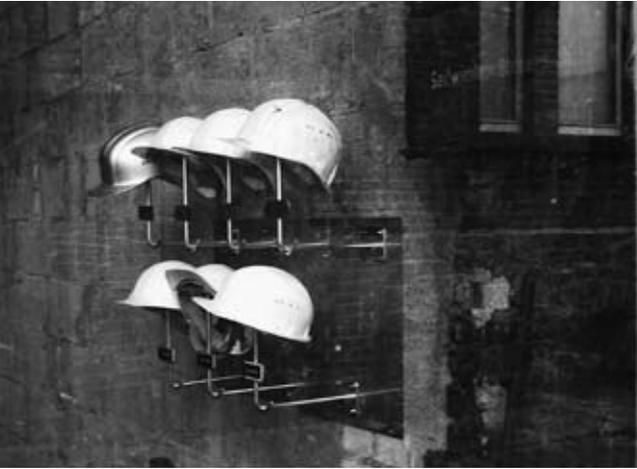


Foto: www.photocase.de, © ffwid

ung und Beschäftigungsaufbau in den Fokus fortschrittlicher Politik gerückt werden.

Bislang haben sich die Unternehmen mit der Ankündigung von Massenentlassungen zurückgehalten. Dies dürfte teilweise mit einem taktischen Kalkül der Arbeitgeber vor der anstehenden Richtungsentscheidung bei der Bundestagswahl im Zusammenhang stehen, wie neulich die Financial Times Deutschland von mehreren Spitzenmanagern erfuhr. Vor allem ist es entscheidend, dass die weltwirtschaftlichen Wachstumsperspektiven angesichts der massiven „globalen Ungleichgewichte“ und der hohen Verschuldung im Privatsektor der bisherigen Konjunkturlokomotiven wie den USA, Großbritannien oder Spanien auf mittlere Sicht mager bleiben.

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise zeigt sich, dass die restriktive Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik ins Leere läuft. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre war falsch ausgerichtet und beförderte bewusst folgende Tendenzen: Seit vielen Jahren ist das sozialversicherungsgesicherte Normalarbeitsverhältnis unter Druck, und die atypische Beschäftigung hat sich immer weiter ausgebreitet. Gleichzeitig wurde das soziale Sicherungsniveau gesenkt. Dies führt – mit zunehmender Tiefe und Dauer

der Krise – dazu, dass selbst für die Mittelschichten die sozialen Sicherungssysteme keinen ausreichenden Schutz mehr bieten. Die soziale Prekarität hat sich verstetigt, Armutslagen haben sich weiter verfestigt. Mittlerweile ist die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglöhnen auf 6,5 Millionen Menschen angewachsen, so das Institut für Arbeit und Qualifikation. Ein Umsteuern ist daher nicht nur unter dem Aspekt der aktuellen Beschäftigungssicherung angebracht, sondern wird bereits seit Jahren als Antwort auf die veränderte Arbeitswelt gefordert (siehe Beitrag Bogedan/Herzog-Stein).

Welchen Verlauf die künftige Entwicklung der Beschäftigung nimmt, hängt zentral von der Frage ab, ob ein stabiler binnenwirtschaftlicher Wachstumspfad beschritten werden kann. Kommt es hingegen zu einer Stagnation, so sind mittelfristig mehrere Millionen Arbeitsplätze bedroht. In diesem Heft rücken neben kurz- und mittelfristig umsetzbaren Instrumenten wie überbetriebliche Transfergesellschaften, Qualifizierung statt Entlassung, Beschäftigungsbrücken durch Altersteilzeit oder die Verlängerung des Arbeitslosengeldes auch langfristige arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Strategien in den Mittelpunkt. Dabei geht es zum einen um eine gesetzliche Lohnuntergrenze sowie eine individuelle und freiwillige Förderung und Arbeitsvermittlung. Zum anderen geht es um die Nutzung des Beschäftigungspotentials der (öffentlichen) sozialen Dienstleistungen wie zum Beispiel im Gesundheitssektor. Darüber hinaus greift dieser Schwerpunkt die in den Hintergrund geratene Debatte um die Potentiale von Arbeitszeitverkürzung wieder auf.

Claudia Bogedan und Alexander Herzog-Stein stellen drei notwendige Kernelemente einer solidarisch-emanzipatorischen Beschäftigungspolitik in den Vordergrund: **1. Beschäftigung sichern, 2. Beschäftigung schaffen und 3. Arbeitslosigkeit sozial absichern.** Sie halten den alten Ruf nach einer koordinierten Beschäftigungspolitik, die Konjunktur-, Struktur-, Arbeitsmarkt- sowie Sozial- und Bildungspolitik im

Zusammenspiel mit der betrieblichen Personalpolitik vor dem Hintergrund einer anzustrebenden neuen Verteilung von Lebens- und Arbeitszeit zusammenfasst, für aktueller denn je.

Die breite Nutzung der Kurzarbeit beweist, dass Arbeitszeitverkürzung als Mittel der Beschäftigungssicherung wirkt. Die Krise als Chance zu nutzen, könnte daher heißen, Arbeitszeitverkürzungen und eine größere Zeitsouveränität wieder zum Thema zu machen. Soll Arbeitszeitverkürzung über seine aktuelle Funktion als Kriseninstrument hinaus angewendet werden, ist zunächst eine breite Debatte in den Betrieben und auch innerhalb des fortschrittlichen politischen Lagers unverzichtbar. Um diese konzeptionelle Baustelle zu bearbeiten, setzt sich Jürgen Kromphardt in seinem Beitrag mit den Grundgedanken und Widersprüchen der Arbeitszeitverkürzung auseinander. Dabei gilt es zu bedenken, dass für viele Beschäftigte derzeit kaum ein Interesse an Arbeitszeitverkürzung besteht, wenn hierdurch weitere Lohnneinbußen in Kauf zu nehmen sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht versucht werden sollte, gezielt die Arbeitszeit dort zu verkürzen, wo eine Chance dazu besteht. Für die nächsten Monate stellt sich damit die Aufgabe, die Debatte um die Potentiale der Arbeitszeitverkürzung zu vertiefen.

Strategisch stellt sich neben der Frage der künftigen Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik auch die Frage der sozialen Lastenverteilung. Hier lassen der Beschluss der Schuldenbremse und die Deregulierungskonzepte aus dem Wirtschaftsministerium den Schluss zu, dass marktliberale politische Kräfte nach den Bundestagswahlen wieder an ihrer Politik der strikten Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarktderegulierung und Steuersenkungen für Vermögende anknüpfen wollen. In diesem Fall würden die Kosten der Krise und des Strukturwandels besonders auf prekäre, schlecht qualifizierte und weibliche Beschäftigte abgewälzt werden – die sozialen Disparitäten durch Niedriglöhne, Unsicherheit und vermeh-

rte Armut würden auch gesamtgesellschaftlich weiter wachsen.

Die Sparpolitik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass die öffentlichen Investitionen weit unter dem europäischen Niveau liegen. Die Folge ist ein großer Investitionsstau und Personalmangel in Schulen und Hochschulen, der Kinderbetreuung, der sozialen Arbeit sowie den Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern ist die Lücke im Bereich qualifizierter sozialer Dienstleistungen besonders augenfällig. Mar-



Foto: www.photocase.de, © coresince84

tin Beckmann nimmt die Forderung von ver.di nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm und besseren sozialen Dienstleistungen in den Blick und verdeutlicht, dass allein im Gesundheitssektor bis zu eine Million Arbeitsplätze entstehen können. In diesem Kontext muss es nicht nur um eine quantitative, sondern um eine qualitative Entwicklung der Arbeitsverhältnisse gehen. Beschäftigungssicherheit, qualifikationsgemäße tarifliche Vergütung sowie Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen Bestandteile guter Arbeit in den sozialen Dienstleistungen sein.

In den spw-Ausgaben „Zeit für einen neuen New Deal“, „Linke Hegemonie?“ und „Anschluss

verpasst?“ wurden Defizite der internationalen Regulierung der Finanzmärkte, der Konjunkturpolitik, der Fiskalpolitik sowie im Bereich der Qualifizierung bzw. Weiterbildung aufgegriffen und die Perspektiven eines sozial-ökologischen Umbaus, einer Re-Regulierung des Finanzsystems und einer Strategie der öffentlichen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und ökologische Technologien diskutiert. Eine solche Strategie wäre in der Mehrheit der gesellschaftlich-politischen Lager mehrheitsfähig und könnte die Basis für eine progressive Politik bilden.

In diesem Schwerpunkt beschäftigt sich Klaus Dörre mit einer grundsätzlich kapitalismuskritischen Einordnung der ökonomischen Entwicklung und knüpft damit an einen früheren Beitrag von Michael Krätke (vgl. spw 169, 1/2009) an. Dörre untersucht die Privatisierung von öffentlichen Gütern, soziale Prekarisierung und die Finanzmarktkrise im Zusammenhang mit der Disziplinierung der abhängig Beschäftigten. Diese „Landnahme“ sei aber politisch beeinflussbar. So habe die Politik diese durch Arbeitsmarktgesetze gefördert, statt z.B. die Re-Kommodifizierung des Arbeitsmarktes einzuhegen. Nach der Annäherung der Sozialdemokratie an ein marktzentriertes Kapitalismusmodell stelle sich die Frage eines glaubwürdigen neuen Projekts. Ein ökosozialer New Deal könne ein solches Projekt umreißen, besitze jedoch nur eine Chance auf Realisierung, wenn das Legitimationssystem des Finanzmarktkapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt würde.

Aus dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wird seit einigen Jahren die Forderung nach einer makroökonomischen Neuorientierung erhoben, deren Kernelemente die Forcierung einer expansiveren Lohnentwicklung und einer gleichmäßigeren Einkommensverteilung sowie langfristig steigende öffentliche Investitionen mit Ausgabenpfaden bilden. Eine solche konjunktur- und wachstumspolitische Strategie legt den Grundstein für die Erschließung neuer Beschäftigung in Zukunftsbereichen der genannten Dien-

leistungen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass ein Beschäftigungswachstum in den sozialen Dienstleistungen mit einem großflächigen Verlust von Arbeitsplätzen im industriellen Bereich einhergehen wird. Das Gegenteil ist der Fall. Der starke industrielle Kern in Deutschland ist vor allem eine Chance und nicht als Modernisierungsrückstand zu begreifen. Die industriellen Kerne der Bundesrepublik stellen sich daher neben den Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen weiterhin als wichtige Tragpfeiler der weiteren ökonomischen Entwicklung dar. Gleichwohl müssen auch hier die Bruchpunkte in den Blick genommen werden.

Drei alternative Szenarien, die das IMK kürzlich in einer Analyse vorstellte, umreißen mögliche makroökonomische Pfade und stehen zugleich für unterschiedliche Politikmodelle. Erstens ein Weg des „weiter so“ mit einer Fortsetzung der Exportorientierung, zweitens eine noch „aggressivere Exportstrategie“ mit verstärktem Druck auf die Löhne und weiter geschwächter Binnennachfrage sowie drittens ein „balanciertes Wachstum“ mit einer Stärkung der Binnenwirtschaft. Nur im dritten Szenario wird sich ein nachhaltiges Wachstum einstellen, während in den anderen eine mehr oder weniger ausgeprägte Stagnation zu erwarten ist. Es wird entscheidend von den künftigen politischen Mehrheitskonstellationen abhängen, welcher Pfad beschritten wird. ■

↳ Claudia Bogedan ist Sozialwissenschaftlerin und verantwortet das Forschungsreferat „Arbeitsmarktpolitik“ am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. Sie ist Mitglied der spw-Redaktion.

↳ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär und ist im spw-Zusammenhang aktiv.

↳ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

↳ Till van Treeck ist Referent für allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.